

DER LANDTAG SCHLESWIG HOLSTEIN

M I T T E I L U N G E N

166/1999

Kiel, 13. Dezember 1999

Vorschau auf die 40. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Kiel (SHL) – Am **Mittwoch, 15. Dezember 1999, um 10:00 Uhr** beginnt die 40. Tagung des Landtages, die drei Tage dauern wird. An den ersten beiden Sitzungstagen wird der Landtag wie üblich von 10:00 bis 13:00 Uhr und von 15:00 bis 18:00 Uhr tagen. Am **Freitag** endet die Sitzung voraussichtlich bereits gegen Mittag.

Der Landtag beginnt seine Beratungen mit einer **Aktuellen Stunde**, die von der Fraktion der CDU beantragt wurde. Thema sind „**Aktuelle Insolvenzen in Schleswig-Holstein**“.

Daran schließt sich die Erste Lesung einer Änderung des **Nationalparkgesetzes** (Drs. 14/2571) an, die ohne Aussprache erfolgt. In der Begründung des Gesetzentwurfes der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird dazu erläutert, dass die Änderung der Korrektur eines Versehens diene. Die Zweite Lesung wird bereits am Freitag, 17. Dezember, erfolgen.

Um „**Regionen der Zukunft**“ geht es anschließend in einem Berichtsantrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 14/2585). Dabei geht es um das schleswig-holsteinische Engagement im Rahmen des Wettbewerbs „Regionen der Zukunft - auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung“, der vom Bundesministerium für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen ausgeschrieben worden ist.

Mit dem **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein (MBG Schl.-H.)** (Drs. 14/1353) befasst sich das Plenum dann in Zweiter Lesung. Dazu liegt eine im

Herausgegeben von
der Pressestelle
des Schleswig-
Holsteinischen
Landtages
in 24105 Kiel,
Landeshaus;
24171 Kiel,
Postfach 7121;
Tel. (0431) 988
Durchwahl App.
1120 bis 1125
und 1116 bis 1118
Fax (0431) 988 1119
V.i.S.d.P. Dr. Joachim Köhler
Internet: <http://www.sh-landtag.de>
e Mail: Joachim.Koehler@ltsh.landsh.de

*Diese Pressemitteilung ist auch über das Internet abrufbar: www.sh-landtag.de
oder in Form des Pressetickers unter www.ltsh.de bzw. www.parlanet.de.
Über den Presseticker können die Pressemitteilungen auch per E-Mail direkt abonniert werden.*

Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefasste Beschlussempfehlung vor (Drs. 14/2548).

Es folgt die Zweite Lesung der vom SSW beantragten **Änderung des Schulgesetzes** (Drs. 14/2184,neu). Die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (Drs. 14/2570), den Gesetzentwurf abzulehnen, wurde mit den Stimmen aller Fraktionen gefasst.

Die Erste Lesung des **Hochschulzulassungsgesetzes** (Drs. 14/2564) steht im Mittelpunkt der Beratungen des Landtages nach der Mittagspause. Dieser Gesetzentwurf der Landesregierung wurde aufgrund der entsprechenden Änderung des Hochschulrahmengesetzes und einer darauf hin erfolgten Änderung des dazu gehörigen Staatsvertrages notwendig.

Anschließend berät das Plenum in Erster Lesung über eine **Änderung des Heilberufgesetzes** (Drs. 14/2565). Darin geht es um eine Änderung der Wahlmodi zur Apotheker-, der Zahnärzte- sowie der Tierärztekammer.

Danach wird über einen Antrag der Fraktion der F.D.P. zur **Sperrzeitverordnung** beraten (Drs. 14/2560), in dem die Landesregierung aufgefordert werden soll, diese Verordnung aufzuheben.

Um das **Bleiberecht für Spätaussiedler** geht es in einem weiteren F.D.P.-Antrag (Drs. 14/2561), der dann auf der Tagesordnung des Parlamentes steht. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, sich beim Bund für eine Altfallregelung einzusetzen, gemäß der „russlanddeutschen Aussiedlern in angemessener Weise ein Bleiberecht gewährt“ werden soll. Es geht dabei um diejenigen Aussiedler, die erst nach ihrer Ankunft in Deutschland einen Sprachtest machen konnten und diesen nicht bestanden haben.

Ein Berichtsantrag der Fraktion der CDU zum Thema **Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften** (Drs. 14/2580) steht im Mittelpunkt der dann folgenden Debatte. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, zur Januar-Tagung des Landtages einen „Bericht über die Finanz- und Haushaltssituation der Kreise, Städte und Gemeinden des Landes abzugeben“.

Am Schluss des ersten Sitzungstages berät der Landtag einen Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema **Technologie- und Innovationspolitik in Schleswig-Holstein** (Drs. 14/2581). Darin fordern die beiden Fraktionen

die Landesregierung auf, über Technologieförderung und Innovationsberatung in Schleswig-Holstein zu berichten.

Am **Donnerstag, 16. Dezember**, beginnt der Landtag seine Beratungen mit der Debatte über einen Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema **Gewalt gegen Frauen** (Drs. 14/2583). Darin fordern die beiden Fraktionen die Landesregierung auf, den von der Bundesregierung vorgelegten „Aktionsplan zur Gewalt gegen Frauen“ auf allen Ebenen zu unterstützen.

Es folgt die Beratung über einen Berichtsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über das **Programm Soziale Stadt** (Drs. 14/2584). Die Landesregierung wird darin aufgefordert, über die Entwicklung der entsprechenden Landes- und Bundesprogramme zu berichten.

Danach debattiert das Plenum einen Antrag aller Fraktionen zur **Parlamentarischen Zusammenarbeit mit der Gebietsduma von Kaliningrad** (Drs. 14/2607). Darin stimmt der Landtag der Unterzeichnung wechselseitiger Absichtserklärungen zur Zusammenarbeit der beiden Parlamente durch den Landtagspräsidenten zu.

Im Zentrum der folgenden Beratung steht die Arbeit der **Akademie für Natur und Umwelt** in Neumünster. Ein Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dazu (Drs. 14/2586) liegt vor.

Ein weiterer Antrag der Regierungsfractionen betrifft die **Qualitätssicherung der beruflichen Bildung** (Drs. 14/2590). Die Landesregierung wird aufgefordert, über die s-bezügliche Maßnahmen zu berichten.

Anschließend geht es um die **Zielvereinbarungen mit den staatlichen Hochschulen**. Der diesbezügliche Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 14/2533) ist im Bildungsausschuss beraten worden. Mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen empfiehlt der Ausschuss, den Antrag mit einer Änderung anzunehmen.

Nach der Mittagspause steht die **Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1999** auf dem Beratungsplan des Landtages (Drs. 14/2541). Dazu liegt ein Bericht des Ausschusses vor, in dem unter anderem darauf verwiesen wird, dass ein Drittel der Fälle ganz oder teilweise im Sinne der Petenten erledigt werden konnten, während in knapp Zweidritteln der Fälle kein Erfolg verbucht werden konnte. Insgesamt sind im Berichtszeitraum 120 Eingaben abschließend behandelt worden.

Im Anschluss daran geht es im Plenum um die **Auswirkungen einer Unternehmenssteuerreform auf das Handwerk in Schleswig-Holstein** (Antrag der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion, Drs. 14/2579) sowie um die **Stärkung des Handwerks in Schleswig-Holstein**. Zu letzterem liegt eine Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses vor (Drs. 14/2575), worin mit der Mehrheit von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrages dieser beiden Fraktionen (Drs. 14/2518) empfohlen wird.

Es folgt die Debatte über die **Veräußerung von Liegenschaften** (Antrag des Ministers für Finanzen und Energie, Drs. 14/2512). Die mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefasste Empfehlung des Finanzausschusses sieht vor, dass der Landtag der Veräußerung der benannten Liegenschaften zustimmt (Drs. 14/2547).

Weiter geht es dann mit der Debatte über die **Situation der Niederdeutschen Sprache und Kultur**, den die Landesregierung dem Plenum vorgelegt hat (Drs. 14/2600). Er wird gemeinsam diskutiert mit dem **Bericht zur Arbeit des „Beirates Niederdeutsch beim Schleswig-Holsteinischen Landtag“ für die 14. Wahlperiode 1996 - 2000** (Drs. 14/2572), den der Landtagspräsident verantwortet.

Im Anschluss berät der Landtag über das **Investitionsprogramm des Bundesverkehrsministeriums 1999 bis 2002**, das Gegenstand mehrerer Anträge im Plenum gewesen war. Zu den Anträgen liegt eine Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses vor (Drs. 14/2574).

Zum Abschluss des zweiten Sitzungstages befasst sich der Landtag mit dem Bericht der Landesregierung über **Antibiotika in der Tiermast** (Drs. 14/2578).

Am **Freitag, 17. Dezember**, geht es zu Beginn der Sitzung um die **Katholische Schwangerschaftskonfliktberatung in Schleswig-Holstein**. Grundlage der Debatte ist ein Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 14/2582), in dem die Landesregierung aufgefordert wird, nach der Entscheidung der katholischen Bischöfe „ein Netzwerk der verbliebenen Träger zu schaffen, um die flächendeckende Versorgung mit Beratungsstellen weiterhin zu gewährleisten.“

Am Ende der 40. Tagung des Landtages beschäftigt sich das Plenum dann mit einem interfraktionellen **Dringlichkeitsantrag**. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, über das Ausmaß der Schäden nach dem jüngsten **Sturm** in Schleswig-Holstein zu berichten.

Zu weiteren 12 Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen. Sie sind der im Anhang beigefügten Reihenfolge der Beratung zu entnehmen.

Am **Dienstag, 21. Dezember 1999**, findet dann die **41. Tagung** des Landtages statt, im Rahmen derer der **Landeshaushalt 2000** in Zweiter Lesung beraten werden wird. Hierzu liegt eine Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vor (Drs. 14/2556). Das Plenum tagt ab 10:00 Uhr ganztägig unter Einschluss einer einstündigen Mittagspause.

Hinweis: Nicht mehr vorhandene Drucksachen können in der Landtagsverwaltung, Zimmer 046, nach telefonischer Vorbestellung (988-1050 o. 1051) abgeholt werden.



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG

14. Wahlperiode

Reihenfolge der Beratung der 40. Tagung

Hinweis:

Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
	Mittwoch, 15. Dezember 1999		
1	Aktuelle Stunde	90	10.00
10	Änderung Nationalparkgesetz (1. Lesung)	-	11.30
22	Regionen der Zukunft	30	11.30
2	Änderung des Mitbestimmungsgesetzes	35	12.00
5	Änderung des Schulgesetzes	35	12.35
8	Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen	30	15.00
9	Änderung des Heilberufegesetzes	5	15.30
12	Sperrzeitverordnung	30	15.35
13	Bleiberecht für Spätaussiedler	30	16.05
17	Finanzsituation der kommunalen Gebietskörperschaften	30	16.35
18	Technologie- und Innovationspolitik	50	17.05

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Donnerstag, 16. Dezember 1999			
20	Gewalt gegen Frauen	30	10.00
21	Programm Soziale Stadt	30	10.30
15	Zusammenarbeit mit der Gebietsduma Kaliningrad	35	11.00
23	Akademie für Natur und Umwelt	30	11.35
27	Qualitätssicherung der beruflichen Bildung	30	12.05
36	Zielvereinbarung mit den staatlichen Hochschulen	35	12.35
32	Tätigkeit des Eingabenausschusses	5	15.00
16 u.40	Unternehmenssteuerreform und Stärkung des Hand- werks	35	15.05
34	Veräußerung von Liegenschaften	35	15.40
37	Arbeit des „Beirates Niederdeutsch“ und Situation der niederdeutschen Sprache und Kultur	30	16.15
39	Investitionsprogramm des Bundesverkehrsministeriums	35	16.45
41	Antibiotika in der Tiermast	30	17.20
Freitag, 17. Dezember 1999			
19	Katholische Schwangerschaftskonfliktberatung	35	10.00
27a	Dringlichkeitsantrag		10.35

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen; die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

TOP		Berichter- stattung
3	Änderung des Finanzausgleichsgesetzes, Drs. 14/2549	5
4	Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften, Drs. 14/2550	5
6	Unterbringung psychisch Kranker, Drs. 14/2576	5
7	Maßregelvollzugsgesetz, Drs. 14/2577	5
24	Info-Net Umwelt, Drs. 14/2587	-
25	Integrierte Stationen, Drs. 14/2588	-
26	Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft, Drs. 14/2589	-
28	Jugendzahnpflegegesetz, Drs. 14/2521	5
29	Pauschalierung der Sozialhilfe, Drs. 14/2522	5
30	Sicherung der Kurzzeitpflege, Drs. 14/2523	5
31	Alkoholmissbrauch, Drs. 14/2524	5
10	Änderung des Nationalparkgesetzes (2. Lesung am Freitag)	5



SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG

14. Wahlperiode

Ablauf und Beratungszeiten der 40. Tagung

TOP		Be- richt	SPD	CDU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	F.D.P.	SSW	Abg.	Reg.	zus.
1	Aktuelle Stunde									90
	Zweite Lesungen									
2	Gesetz zur Änderung des Mitbestimmungsgesetzes (Reg.)	5	5	5	5	5	5	-	5	35
3	Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Reg.)	5	- ohne Aussprache -						5	
4	Gesetz zur Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften (Reg.)	5	- ohne Aussprache -						5	
5	Änderung des Schulgesetzes (SSW)	5	5	5	5	5	5	-	5	35
6	Gesetz zur Hilfe und Unterbringung psychisch Kranker (Reg.)	5	- ohne Aussprache -						5	
7	Maßregelvollzugsgesetz (Reg.)	5	- ohne Aussprache -						5	
	Erste Lesungen									
8	Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen (Reg.)	-	5	5	5	5	5	-	5	30
9	Änderung des Heilberufegesetzes (Reg.)	-	-	-	-	-	-	-	5	5
10	Änderung des Nationalparkgesetzes (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)(1. Lesung am Mittwoch, 2. Lesung am Freitag)	- ohne Aussprache -								
	Anträge									
11	Gefahr-Hunde-Verordnung (F.D.P.)	- Absetzung von der TO vorgesehen -								
12	Sperrzeitverordnung (F.D.P.)	-	5	5	5	5	5	-	5	30
13	Bleiberecht für Spätaussiedler (F.D.P.)	-	5	5	5	5	5	-	5	30
14	Qualitätssicherung in Pflegeeinrichtungen (CDU)	- Absetzung von der TO vorgesehen -								

TOP		Be- richt	SPD	CDU	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	F.D.P.	SSW	Abg.	Reg.	zus.
15	Zusammenarbeit mit der Ge- bietsduma von Kaliningrad - am Donnerstag -	5	5	5	5	5	5	-	5	35
16	Auswirkungen einer Unter- nehmenssteuerreform (CDU und (F.D.P.) - mit TOP 40 am Donnerstag Nachmittag -	5	5	5	5	5	5	-	5	35
17	Finanzsituation der kommu- nalen Gebietskörperschaften (CDU)	-	5	5	5	5	5	-	5	30
18	Technologie- und Innovati- onspolitik (SPD und BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN)	-	10	10	10	5	5	-	10	50
19	Katholische Schwanger- schaftskonfliktberatung (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN) -nicht am Donnerstag-	-	5	5	5	5	5	-	5	30
20	Gewalt gegen Frauen (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN)	-	5	5	5	5	5	-	5	30
21	Programm Soziale Stadt (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN)	-	5	5	5	5	5	-	5	30
22	Regionen der Zukunft (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN) - am Mittwoch Vormit- tag -	-	5	5	5	5	5	-	5	30
23	Akademie für Natur und Um- welt (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	5	5	5	5	5	-	5	30
24	Info-Net Umwelt (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	- ohne Aussprache -								
25	Integrierte Stationen (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN)	- ohne Aussprache -								
26	Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN)	- ohne Aussprache -								
27	Qualitätssicherung der beru- flichen Bildung (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	5	5	5	5	5	-	5	30
	Berichte									
28	Jugendzahnpflegegesetz (CDU)	5	- ohne Aussprache -							5

